

„Im Widerspruch zum Flussparadies“

ANTRAG Die SPD-Kreistagsfraktion wünscht sich eine einstimmige Resolution im Kreistag gegen die geplante Rastanlage bei Staffelbach.

Stegaurach - Über die geplante Tank- und Rastanlage Staffelbach an der Bundesautobahn A 70 diskutierte die SPD-Kreistagsfraktion bei ihrer jüngsten Sitzung in Stegaurach. Bürgermeister Carsten Joneitis berichtete über den aktuellen Stand und bat die Kreistagsfraktion, eine überparteiliche Resolution in den Bamberger Kreistag einzubringen.

Für den Fraktionsvorsitzenden, Kreisrat Franz-Josef Schick, wäre eine einstimmige Resolution des Kreistages gegen die Anlage „ein wichtiges Signal für die Staffelbacher Bürgerinnen und Bürger, dass die Politik ihre Anliegen und Sorgen ernst nimmt, wengleich der Kreistag in diesem Fall nicht zuständig ist“. „Die Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch die A70 und die Eisenbahn sind bereits jetzt schon erheblich“, so Schick, „und es ist zu befürchten, dass noch mehr Belastungen durch Schadstoffe, Nachtbeleuchtung und Lärm auf die Bürger zu kommen“.

Kreisrat Manfred Deinlein bemängelte in diesem Zusammenhang, dass die Anlage in unmittelbarer Nachbarschaft zum besonders wertvoll eingestuften Naturschutzgebiet „Hänge am Spitzelberg und Kunkelsbühl“ liegen soll. Die geplante Anlage beeinträchtige darüber hinaus in hohem Maße die stark genutzte Naherholungsgebiete und stehe in krassem Widerspruch zum geplanten Flussparadies Franken. Für ihn ist das Projekt „ökonomisch wie ökologisch unsinnig“.

Euro Rastpark als Alternative

Die Kreistagsfraktion diskutierte ausführlich, ob nicht einfach der bedarfsgerechte Ausbau des vorhandenen Euro Rastpark Knetzgau zu prüfen sei. Vorrangig sollte dabei das Verfahren der Bedarfsermittlung derart modifiziert werden, dass private Autohöfe berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Staat und dem privaten Unternehmer (Public Private Partnership) geprüft werden.

Petition im Deutschen Bundestag

Bürgermeister Joneitis informierte über sein kurzes Gespräch mit Bundesverkehrsminister Tiefensee, der ihm mitteilte, dass die Standortsuche mittlerweile in den Händen des Freistaats Bayern liege. Der Oberhaider Gemeinderat habe die Anlage bereits im letzten Jahr mit einem Beschluss einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg abgelehnt und mittlerweile Klage gegen Probebohrungen im Rahmen der Vorbereitungen zum Planfeststellungsverfahren erhoben.

Vor kurzem habe die Gemeinde auch eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht, in der gefordert werde, auch Autohöfe in die Bedarfsplanungen einzubeziehen. „Damit wäre eine Tank- und Rastanlage bei Staffelbach hinfällig“, so das abschließende Resümee des Oberhaider Bürgermeisters.

Quelle: Fränkischer Tag, 09.10.2008